



Für die Realschule braucht es bessere Lösungen bei der Integration. Aber sicher nicht weniger Ressourcen. Foto: Fotolia.

Integrative Schulung im politischen Gegenwind

GL alv. Die bürgerlichen Parteien wollen sparen. Da kommt es ihnen gerade gelegen, die ihrerseits ungeliebte Integrative Schulung infrage zu stellen. Nachdem die Fraktionen der SVP und der FDP zwei Motionen eingereicht haben, die die Rückkehr zur separativen Schulung und zu Kleinklassen verlangen, zieht nun die Fraktion der CVP nach und fordert in einem Postulat verschiedene Anpassungen bei der Integrativen Schulung.

Obwohl der Regierungsrat in seiner Botschaft zur Kosten-Nutzen-Analyse der Integrativen Schulung zum begründeten Resultat gekommen ist, dass zusätzlich zu den bereits eingeleiteten Verbesserungen kein gesetzlicher Handlungsbedarf bestehe, stellt die Fraktion der CVP verschiedene Forderungen auf, mit denen sie qualitative Verbesserungen, aber vor allem Einsparungen erreichen will. Die CVP verlangt eine grundsätzliche Separierung von behinderten und verhaltensauffälligen Kindern in Kleinklassen, ungeachtet dessen, dass Kleinklassen für diese Kinder gerade nicht vorgesehen sind. Vor allem das Einsparen von Ressourcen ist den Postulanten ein Anliegen. Dabei

verlieren sie die Tatsache völlig aus den Augen, dass der Kanton schon heute im interkantonalen Vergleich die integrativ unterrichtenden Lehrpersonen sehr wenig unterstützt. Unausgeglichene Vorschläge wie der Einsatz von Praktikantinnen oder Pensionären anstelle von Lehrpersonen für schulische Heilpädagogik helfen nicht weiter, die tatsächlichen Probleme zu lösen.

Zudem repetiert die CVP auch den Gemeinplatz, wonach Schülerinnen und Schüler immer weniger könnten und immer schlechter auf den Berufseinstieg vorbereitet seien. Diese Vorwürfe, so die CVP, höre man von vielen Seiten. Tests, Prüfungen und viele Untersuchungen, die sich auf Fakten stützen, zeigen jedoch, dass dies nicht der Realität entspricht. Die GL des alv unterstützt aber den Vorschlag, dass die Abklärungs- und Förderprozesse administrativ vereinfacht werden sollen.

Realschule entlasten

Die GL verortet die Herausforderungen, die sich mit der Umsetzung der Integrativen Schulung ergeben, nicht primär in der Primarschule, sondern vor allem in der Realschule. Diese übernimmt in der

grundsätzlich separativen Oberstufe die ganze Last der Integration. Für die Realschule müssen bessere Lösungen gesucht werden, die garantieren, dass die schulisch schwächeren Jugendlichen optimal gefördert werden. Solche Lösungen können aber sicher nicht mit weniger Ressourcen, wie von bürgerlicher Seite angestrebt, gefunden werden.

Das Postulat kann immerhin für sich in Anspruch nehmen, dass es im Gegensatz zu den beiden erwähnten Motionen eine vertiefte Diskussion ermöglicht. Die Diskussion könnte zu befriedigenden Schlüssen führen, falls die Beteiligten bereit sind, die Sparbrille für einmal zur Seite zu legen. Dazu könnte eine Befragung aller Beteiligten, wie sie die CVP vorschlägt, durchaus beitragen.

Die vollständige Rückkehr zur Separation ist für den Lehrerinnen- und Lehrerverband aber kein gangbarer Weg: Über 90 Prozent der Primarschulen hatten sich für den Wechsel entschieden und sind mehrheitlich mit dem aktuellen Zustand zufrieden. Das ganze System schon wieder auf den Kopf zu stellen, da geht die GL mit der CVP einig, ist alles andere als zielführend. Viele Schulen wünschen sich hingegen etwas mehr Unterstützung von

der kantonalen Politik, die heute mehr als Teil des Problems denn als Teil der Lösung wahrgenommen wird.

Stipendiengesetz

Der Kanton Aargau ist 2013 dem Stipendienkonkordat beigetreten. Dies macht die Teilrevision des Stipendiengesetzes unumgänglich. Stipendien müssen neu auch an Personen mit Jahresaufenthaltsbewilligung bezahlt werden, wenn diese mindestens fünf Jahre in der Schweiz gelebt haben. Zudem wird die maximale Stipendienhöhe für die Sekundarstufe II auf 12000 Franken pro Jahr angehoben. Um die Kosten zu senken, soll der Anteil der Darlehen gegenüber dem der Stipendien erhöht werden. Stipendien können in Zukunft nur noch während vier Jahren beantragt werden. Auch sollen die finanziellen Verhältnisse der Eltern vermehrt bis zum Alter von 25 Jahren in die Berechnungen einfließen. Die maximale Höhe der Stipendien wird in Zukunft nur noch 16000 Franken betragen. In seiner Anhörung zeigt sich der alv mit dem geplanten Vorgehen mehrheitlich einverstanden. Etwas Bedenken hat er gegenüber der Senkung der maximalen Stipendienhöhe. Allerdings sind davon nur sehr wenige Studierende betroffen, was die Anpassung erträglich macht. Der alv lehnt jedoch die Beschränkung der Stipendien auf vier Jahre ab, da heute viele Erststudien fünf Jahre dauern und mit dieser Einschränkung das Studium für viele Betroffene aus einkommensschwachen Familien erschwert oder sogar verhindert wird.

Manfred Dubach, Geschäftsführer alv

Aus der GL alv-Sitzung vom 23. Mai.

Piazza



Fortsetzung von Heft 11/2016

Das Dafür und Dagegen von Hausaufgaben

PLV. Das Thema «Hausaufgaben» ist und bleibt aktuell. Elisabeth Betschon, Vorstandsmitglied des Primarlehrerinnen- und Primarlehrervereins, setzt sich mit dem Dafür und Dagegen von Hausaufgaben auseinander. Im ersten Teil (SCHULBLATT 11) beschäftigte sie sich mit den Knacknüssen des Themas, nun geht es darum, unter welchen Bedingungen Hausaufgaben sinnvoll sind.

Den meisten Eltern, Kindern und Lehrerinnen und Lehrern sind Konflikte rund um das Thema «Hausaufgaben» nur allzu bekannt. Doch was spricht für Hausaufgaben?

- **Selbstständigkeit:** Die Schülerinnen und Schüler trainieren, Verantwortung zu übernehmen für gewisse Pflichten («Was muss ich tun, habe ich das Entsprechende eingepackt?»).
- **Regelmässiges Üben:** Gewisse Bereiche fallen leichter durch regelmässiges Üben zusätzlich zum regulären Unterricht, so etwa das Einmaleins oder das Lesen, vergleichbar mit dem Erlernen eines Instruments.
- **Bindeglied zwischen Schule und Elternhaus:** Aufgaben sind ein Bindeglied zwischen Schule und Elternhaus. Es ist aufschlussreich für Eltern, ihr Kind beim Erledigen der Hausaufgaben zu erleben.

Wie sollen Lehrerinnen und Lehrer mit dem Dilemma des Dafür und Dagegens im Zusammenhang mit Hausaufgaben umgehen? Ich plädiere dafür, dass Aufgaben nur noch erteilt werden, wenn folgende Bedingungen eingehalten werden:

- Es werden grundsätzlich wenig Aufgaben erteilt, dafür regelmässig wiederkehrende und sinnvolle.
- Es gelten klare zeitliche Begrenzungen an der Primarschule (10 bis 30 Minuten).
- Die Aufgaben sind wirklich selbstständig lösbar. (Da täuschen sich Lehrpersonen nämlich oft. Regelmässige Rücksprachen mit Schülerinnen, Schülern und Eltern sind hierfür aufschlussreich.) Nur so können sie den Anspruch, dass die Eigenverantwortung der Kinder gestärkt wird, auch einlösen.
- Aufgaben sollen zwar selbstständig lösbar sein, gleichzeitig aber dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Kinder Rechnung tragen. Dies lässt sich bewerkstelligen durch Differenzieren (etwa in der Menge, im Schwierigkeitsgrad, durch Wahlmöglichkeiten und Ähnliches). Ideal sind offene Aufgabenstellungen wie etwa das Erfinden von Zahlenmauern.
- Es besteht die Möglichkeit, mit Kindern individuelle Vereinbarungen zu Hausaufgaben zu treffen.
- Es werden immer wieder interessante, kreative, herausfordernde Aufgaben gestellt (wie etwa Knobelaufgaben, Beobachtungsaufträge, Malen, Forschungsaufträge). Solche Aufgaben können auch freiwillig gelöst werden.
- Aufgaben dürfen auch mal einfach sein (etwa einen Text abschreiben).
- Aufgaben schaffen Brücken von der Schule nach Hause. Beispiele: Gelertes anwenden (ein Zimmer ausmessen) oder Familienmitglieder zu einem Thema der Schule befragen.
- Sinnvoll sind auch vorbereitende Aufgaben wie etwa Material suchen, Text durchlesen.
- Die Lehrperson verfügt über ein klares Konzept in Bezug auf Aufgaben und hat diese im Voraus geplant (nicht: «Oh, in 5 Minuten läutet es, was soll